

## Schlechtestes Partnerschaftsgesetz der Welt

# Nein zur eingetragenen Diskriminierung!

**Rechtskomitee LAMBDA: „Nehmen nicht jeden hingeworfenen Knochen dankbar auf“**

**Das Rechtskomitee LAMBDA (RKL), Österreichs Bürgerrechtsorganisation für homo- und bisexuelle sowie transidente Frauen und Männer, lehnt den Entwurf der VP-Justizministerin Bandion-Ortner für eine eingetragene Partnerschaft vehement ab. In einem offenen Brief dankt das RKL Frauenministerin Heinisch-Hosek für die standhafte Ablehnung des schlechtesten Partnerschaftsgesetzes der Welt.**

Derzeit haben gleichgeschlechtliche Paare kein Rechtsinstitut zur Verfügung. Das ist schlimm und in Westeuropa mittlerweile fast einzigartig. Noch schlimmer wäre allerdings ein Rechtsinstitut, das den diskriminierten Paaren auch noch schwarz auf weiss ihren Status als Menschen zweiter Klasse gesetzlich verbrieft (22 Unterschiede zum Eherecht allein im zivilrechtlichen Kernbereich; sexuelle Rassentrennung bei der Eintragung auf der Ebene einer Hundeanmeldung oder Kfz-Zulassung; schier unüberblickbare Masse an Benachteiligungen im Steuer-, Sozial-, Krankenversicherungs-, Pensions-, Fremden-, Staatsbürgerschafts-, Ausländerbeschäftigungs-, Arbeits-, Beamtenrecht und all den anderen Rechtsbereichen außerhalb des Zivilrechts).

### Diskriminierung als Grundprinzip

"Gleichberechtigung" wird nicht einmal mehr als Lippenbekenntnis in den Mund genommen. Ungleichbehandlung, also Diskriminierung, ist der Zweck und das Grundprinzip des Gesetzes. Keine Regierung der Welt hat es bisher gewagt, ein derartiges Diskriminierungsgesetz vorzuschlagen.

„Unsere Selbstachtung verbietet es uns, den verächtlich hingeworfenen fleischlosen Knochen auch noch demütig und dankbar anzunehmen“, sagt der Wiener Rechtsanwalt *Dr. Helmut Graupner*, Präsident des Rechtskomitees LAMBDA (RKL) im offenen Brief an die Frauenministerin (im vollen Wortlaut unten).

*Das 1991 gegründete Rechtskomitee LAMBDA (RKL) arbeitet überparteilich und überkonfessionell für die umfassende Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen und Männer. In seinem Kuratorium vereinigt es so prominente Mitglieder wie Altbundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer, NRPräs. Mag. Barbara Prammer, die vormalige Justizministerin Mag. Karin Gastinger, den Ehrenpräsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates NRAbg.a.D. Dr. Peter Schieder, Volksanwältin NRAbg.A.D. Mag. Terezija Stoisits, den vorm. Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Dr. Erik Buxbaum, die vorm. Präsidentin der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter Dr. Barbara Helige, die Vizepräsidentin der Rechtsanwaltskammer Wien Dr. Elisabeth Rech, den Vorstandsvorsitzenden der D.A.S.-Rechtsschutzversicherung Dr. Franz Kronsteiner, den Präsidenten des Weissen Rings Dr. Udo Jesionek, den Generalsekretär von Amnesty International Österreich Mag. Heinz Patzelt und die bekannten Menschenrechtsexperten Dr. Lilian Hofmeister und Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak, die Verfassungsexperten Univ.-Prof. Dr. Christian Brünner, Univ.-Prof. Dr. Bernd-Christian Funk, Univ.-Prof. Dr. Heinz Mayer und Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin, den renommierten Kinder- und Jugendpsychiater Univ.-Prof. Dr. Max Friedrich und die Kinder- und JugendanwältInnen von Wien DSA Monika Pinterits und Dr. Anton Schmid, die Sexualwissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Josef Christian Aigner, Univ.-Prof. Dr. Rotraud Perner und Univ.-Lekt. Mag. Johannes Wahala, den Theologen Univ.-Prof. Dr. Kurt Lüthi, Life-Ball-Organisator Gery Keszler u.v.a.m. Das 15jährige Bestehen des Rechtskomitees LAMBDA (RKL) wurde am 2. Oktober 2006 mit einem historischen Festakt im Nationalratssitzungssaal des Parlaments in Wien gefeiert. Dieser weltweit ersten Ehrung einer homosexuellen Bürgerrechtsorganisation in einem nationalen Parlament wohnten unter den über 500 TeilnehmerInnen auch höchste RepräsentantInnen aus Justiz, Verwaltung und Politik bei (<http://www.rklambda.at/festakt/index.htm>).*

Rückfragehinweis: 01/8763061, 0676 309 47 37, [office@RKLambda.at](mailto:office@RKLambda.at), [www.RKLambda.at](http://www.RKLambda.at)

01.11.2009

# Der offene Brief

an Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek im Wortlaut

Ähnlich bestärkende Schreiben können gesendet werden an:

- > *BM Gabriele Heinisch-Hosek*: [gabriele.heinisch-hosek@bka.gv.at](mailto:gabriele.heinisch-hosek@bka.gv.at), Fax: +43 1 53109/2131
- > *BK Werner Faymann*: [werner.faymann@spoe.at](mailto:werner.faymann@spoe.at); [werner.faymann@bka.gv.at](mailto:werner.faymann@bka.gv.at), Fax: +43 1 535 03 38
- > *NRPräs. Mag. Barbara Prammer*: [barbara.prammer@spoe.at](mailto:barbara.prammer@spoe.at), [barbara.prammer@parlament.gv.at](mailto:barbara.prammer@parlament.gv.at), Fax: 01/40110-2345
- > *SP-Justizsprecher NRAbg. Dr. Johannes Jarolim*: [hannes.jarolim@jarolim.at](mailto:hannes.jarolim@jarolim.at), Fax: 01/2537000-43

Protestbriefe an:

- > Justizministerin Bandion-Ortner: [claudia.bandion-ortner@justiz.gv.at](mailto:claudia.bandion-ortner@justiz.gv.at); Fax: 01/521 52/2730
- > VP-Obmann BMJosef Pröll: [josef.proell@bmf.gv.at](mailto:josef.proell@bmf.gv.at); Fax +43 1 514 33 / 507 060

„Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihre Standhaftigkeit und die Ablehnung des von der Justizministerin ausgesandten Gesetzentwurfs.

Ein derartiges Diskriminierungsgesetz, das gleichgeschlechtlichen Paaren schon vom ersten Moment der Schliessung ihrer Partnerschaft an die Inferiorität ihrer Beziehung schmerzhaft vor Augen führt, wäre eine inakzeptable Provokation.

Wir waren stets zu Kompromissen bereit und würden uns zum derzeitigen Zeitpunkt auch mit einer Zwischenlösung in Form des Rechtsghettos einer eingetragenen Partnerschaft (anstatt der notwendigen Aufhebung des Eheverbotes) zufriedengeben. Wir haben uns sogar darüber hinaus noch, in dieser ersten Runde, mit dem Fehlen von Stiefkindadoption, Fremdkindadoption und medizinisch unterstützter Fortpflanzung abgefunden, obwohl damit Kindern, die in Regenbogenfamilien leben, wichtige rechtliche Absicherungen vorenthalten und lesbischen Frauen das Recht auf Fortpflanzung verweigert werden.

Die Fortsetzung dieser Diskriminierungen ist aber die absolute Schmerzgrenze. Einem Gesetz, dass (abgesehen von diesen punktuellen Ausnahmen) nicht umfassende Gleichbehandlung mit Ehepaaren bringt, können wir niemals unsere Zustimmung geben.

Derzeit haben gleichgeschlechtliche Paare kein Rechtsinstitut zur Verfügung. Das ist schlimm und in Westeuropa mittlerweile fast einzigartig. Noch schlimmer wäre allerdings ein Rechtsinstitut, das den diskriminierten Paaren auch noch schwarz auf weiss ihren Status als Menschen zweiter Klasse gesetzlich verbrieft (22 Unterschiede zum Eherecht allein im zivilrechtlichen Kernbereich; sexuelle Rassentrennung bei der Eintragung auf der Ebene einer Hundeanmeldung oder Kfz-Zulassung; schier unüberblickbare Masse an Benachteiligungen im Steuer-, Sozial-, Krankenversicherungs-, Pensions-, Fremden-, Staatsbürgerschafts-, Ausländerbeschäftigungs-, Arbeits-, Beamtenrecht und all den anderen Rechtsbereichen außerhalb des Zivilrechts).

"Gleichberechtigung" wird nicht einmal mehr als Lippenbekenntnis in den Mund genommen sondern sogar ausdrücklich abgelehnt (Bandion-Ortner: "völlige Gleichstellung ist nicht geplant ... Einzelne Bereiche werden naturgemäß" (!!)) "anders sein.": [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20091025\\_OTS0003](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091025_OTS0003)). Ungleichbehandlung, also Diskriminierung, ist der Zweck und das Grundprinzip des Gesetzes. Keine Regierung der Welt hat es bisher gewagt, ein derartiges Diskriminierungsgesetz vorzuschlagen.

Diese klare Ablehnung einer eingetragenen Diskriminierung teilen wir mit all den anderen parteiunabhängigen NGOs der Homosexuellenbewegung (vgl. <http://www.rklambda.at/News/index.htm> (News vom 13.06.08; [http://www.rklambda.at/dokumente/news\\_2008/News-de\\_20080613\\_Pressekonferenz.pdf](http://www.rklambda.at/dokumente/news_2008/News-de_20080613_Pressekonferenz.pdf))).

Unsere Selbstachtung verbietet es uns, den verächtlich hingeworfenen fleischlosen Knochen auch noch demütig und dankbar anzunehmen.

Wir setzen unser volles Vertrauen in Sie, sehr geehrte Frau Bundesministerin, dass Sie die geplante gesetzliche Demütigung und Erniedrigung gleichgeschlechtlicher Paare verhindern werden.“